

Niederschrift
der 11. Sitzung der Bürgerschaft

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 17.11.2022
Beginn: 16:00 Uhr
Ende 17:13 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Peter Paul

Mitglieder

Herr Michael Adomeit
Frau Ute Bartel
Herr Stefan Bauschke
Herr Volker Borbe
Herr Bernd Buxbaum
Frau Dr. Heike Carstensen ab 16:16 Uhr
Frau Kerstin Chill ab 16:47 Uhr
Frau Heike Corinth
Frau Sabine Ehlert
Herr Frank Fanter
Frau Friederike Fechner
Frau Olga Fot
Herr Henrik Gotsch
Frau Sandra Graf
Herr Robert Gränert
Herr Mario Gutknecht
Herr Thomas Haack
Herr Maik Hofmann
Frau Anett Kindler
Herr Ralf Klingschat
Frau Assessore jure Sandra Kothe-Woywode
Frau Andrea Kühl
Herr Rüdiger Kuhn ab 16:01 Uhr
Herr Jens Kühnel
Frau Josefine Kümpers
Herr Sebastian Lange
Herr Mathias Miseler
Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Herr Marc Quintana Schmidt
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Tino Rietesel
Herr Daniel Ruddies
Herr Harald Runge
Frau Birkhild Schönleiter
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Jürgen Suhr
Frau Ann Christin von Allwörden

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung
- 4 Billigung der Niederschrift der 10. Sitzung der Bürgerschaft vom 20.10.2022
- 5 Mitteilungen des Präsidenten
- 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 7 Anfragen
- 7.1 Realisierung des Bauvorhabens "Möbelmarkt XXXLutz"
Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
vertagt vom 20.10.2022
Vorlage: kAF 0125/2022
- 7.2 Schutzwesten für Kommunalen Ordnungsdienst
Einreicherin: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: kAF 0126/2022
- 7.3 Zum augenärztlichen Notdienst in der Hansestadt Stralsund
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied
Vorlage: kAF 0127/2022
- 7.4 9 Euro- Ticket 2023
Einreicher: Jens Kühnel, Fraktion AfD
Vorlage: kAF 0128/2022
- 7.5 Abriss ehemalige Kaufhalle "Für dich"
Einreicherin: Friederike Fechner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: kAF 0129/2022
- 7.6 Bushaltestelle Hansedom/Grünhufer Bogen
Einreicherin: Josefine Kümpers, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: kAF 0130/2022
- 7.7 Verhandlungen der Stadt mit dem Hansedom
Einreicherin: Sandra Kothe-Woywode, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: kAF 0131/2022

- 8** Einwohnerfragestunde
- 9** Anträge
- 9.1** Vereinheitlichung der Freiraumkonzepte Alter Markt, Neuer Markt, nördliche Hafeninsel
Einreicher: Stefan Bauschke
Vorsitzender des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung
Vorlage: AN 0163/2022
- 9.2** Tariflohnzahlung der Pächter*innen auf dem Werftgelände
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0176/2022
- 9.3** Stralsund Stadt des Friedens
Einreicher: Robert Gränert, DIE PARTEI
Vorlage: AN 0178/2022
- 9.4** Einrichtung von Halte- und Parkverbotszonen
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0179/2022
- 10** Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters
- 11** Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung
- 12** Behandlung von Vorlagen
- 12.1** Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2017 und Abschließende Prüfungsvermerke des Rechnungsprüfungsausschusses und des Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: B 0087/2022
- 12.2** Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2017 der Hansestadt Stralsund und Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: B 0088/2022
- 12.3** 26. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Photovoltaikanlage südlich der Ortsumgehung im Stadtteil Voigdehagen, Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: B 0080/2022
- 12.4** Bebauungsplan Nr. 79 "Photovoltaikanlage südlich der Ortsumgehung im Stadtteil Voigdehagen", Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: B 0085/2022

- 12.5** Abberufung des Ortswehrführers
Vorlage: B 0090/2022
- 13** Verschiedenes
- 14** Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil
- 16** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil
- 17** Schluss der Sitzung

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und gibt bekannt, dass zu Beginn der Sitzung 39 Bürgerschaftsmitglieder anwesend sind, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird im Auftrag der Hansestadt Stralsund live in das Internet übertragen.

Im Interesse einer zeitnahen Nachvollziehbarkeit der Beratungen und Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger wird der Videomitschnitt des öffentlichen Teils zudem ab 18.11.2022 auf der Internetseite der Hansestadt Stralsund zur Verfügung gestellt.

Er geht davon aus, dass keine Einwände seitens der Mitglieder der Bürgerschaft dagegen bestehen.

Darüber hinaus gibt der Präsident bekannt, dass durch Grimmen TV angekündigt wurde, die 11. Sitzung der Bürgerschaft über soziale Medien live zu übertragen.

Im Anschluss weist er in Bezug auf stattfindende Film- und Tonaufnahmen auf das Vetorecht der Bürgerschaft nach § 29 Absatz 5 KV MV hin.

Der Präsident der Bürgerschaft teilt mit, dass das Bürgerschaftsmitglied, Herr Michael Liebeskind, sein Mandat zum 31.10.2022 niedergelegt hat.
Als Nachrücker benannt wurde Herr Henrik Gotsch.

Herr Gotsch hat das Mandat für die Bürgerschaft angenommen und hat angezeigt, dass er der CDU/FDP-Fraktion beigetreten ist.

Der Präsident nimmt die Verpflichtung von Herrn Gotsch zur gewissenhaften Erfüllung seiner Pflichten gemäß § 28 Absatz 2 Kommunalverfassung M-V per Handschlag vor.

Aufgrund eines traurigen Anlasses übergibt der Präsident der Bürgerschaft das Wort an den Oberbürgermeister.

Herr Dr.-Ing. Badrow teilt mit, dass Herr Dr. Andreas Grüger Ende Oktober 2022 verstorben ist.

Fast 30 Jahre bestimmte er als Direktor des Stralsund Museums die Geschicke und Geschichte der 4 Standorte.

In dieser Position war er gleichzeitig Netzwerker, Verwalter, Kurator und Bauherr.

Doch vor allem war er mit seinem Charme und Charisma der beste Botschafter der Hansestadt Stralsund.

Er war ein wandelndes Lexikon, ein Kenner der Kunstgeschichte, eng verbunden mit der Hansestadt Stralsund unterstützte er viele Jahre den Welterbe-Beirat mit seiner Expertise und gehörte 1990 zu den Gründungsmitgliedern des Museumsverbandes M-V. Sammeln, Bewahren, Forschen, Ausstellen und Vermitteln waren die Königsdisziplinen von Herrn Dr. Andreas Grüger als Museumsdirektor.

Die Stadt ist dankbar, dass es ihm gelungen ist, das Wikingergold dauerhaft im Original und einzigartig in der Initiierung darstellen zu können.

Sein größter Erfolg, der gleichzeitig entscheidender Impulsgeber für die gesamte Sanierung und Erneuerung für die Sanierung des Stralsund Museums war.

Es war eine Ehre, mit diesem wunderbaren und warmherzigen Kollegen arbeiten zu dürfen und die Erinnerungen an ihn werden stets in Ehren gehalten. Das tiefe Mitgefühl in dieser

schweren Zeit gilt seiner Familie und all jenen, die ihn als Freund und Wegbegleiter verloren haben.

Gemeinsam mit dem Präsidenten der Bürgerschaft bittet Herr Dr.-Ing. Badrow, sich zum stillen Gedenken an Herrn Dr. Andreas Grüger zu erheben.

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Herr Paul teilt mit, dass durch die Verwaltung die Vorlage B 0040/2022, eingeordnet unter TOP 15.3.1, zurückgezogen wird.

zu 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung

Der Präsident stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung:

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

2022-VII-11-0988

zu 4 Billigung der Niederschrift der 10. Sitzung der Bürgerschaft vom 20.10.2022

Herr Paul lässt über die Niederschrift der 10. Sitzung der Bürgerschaft vom 20.10.2022 abstimmen:

Die Niederschrift der 10. Sitzung der Bürgerschaft vom 20.10.2022 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2022-VII-11-0989

zu 5 Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident der Bürgerschaft teilt wie folgt mit:

Gemäß Beschluss **2022-VII-10-0983** vom 20.10.2022 ist die Bundesregierung mit Schreiben des Präsidenten der Bürgerschaft und des Oberbürgermeisters über das Angebot in Kenntnis gesetzt worden, das Stralsunder Rathaus für Friedensgespräche zur Verfügung zu stellen.

Er bittet um Kenntnisnahme und sieht den Beschluss als umgesetzt an.

Im Weiteren teilt der Präsident mit, dass die Auffassung des Innenministeriums M-V zu diesem Beschluss vor dem Hintergrund einer möglichen Überschreitung der Verbandskompetenz in die Fraktionen übermittelt worden ist.

Nach seinem Empfinden ist es natürlich richtig, dass grundsätzlich auf die Einhaltung geltender Bestimmungen zu achten ist und das gilt selbstverständlich auch für die Arbeit der Bürgerschaft.

Mit Blick auf die Berichterstattung bringt der Präsident der Bürgerschaft seine Enttäuschung zum Ausdruck, da nicht mehr die Sache an sich Beachtung findet, sondern aus für ihn unerklärlichen Gründen die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund medial vorgeführt und teilweise verhöhnt wird, was er an dieser Stelle ausdrücklich kritisiert.

Er hofft dennoch zutiefst, dass sich unabhängig davon der Wunsch nach Frieden schnellstmöglich erfüllen möge.

Herr Paul verweist diesbezüglich auf die vielfache positive Resonanz zum Beschluss der Bürgerschaft, die nicht zuletzt in einem Statement mehrerer Bürgermeister und Gemeindevertreter aus Frankreich zum Ausdruck gebracht wird.

zu 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister teilt wie folgt mit:

Norddeutscher Archivtag

Am 22. und 23. November findet in Stralsund der 8. Norddeutsche Archivtag statt. Rund 150 Archivfachleute aus ganz Norddeutschland werden zum Thema „Kulturelles Erbe in der digitalen Welt“ den Austausch pflegen. Sie beschäftigen sich mit der Digitalisierung im Archivwesen, mit Fragen der Erschließung, des eGovernments und des Kulturgutschutzes. Bislang fanden die Archivtage immer in großen Städten wie Hamburg, Bremen, etc. statt. Als Ausnahme benennt Herr Dr.-Ing. Badrow die Norddeutschen Archivtage 2006, die in Lüneburg stattfanden. Umso erfreuter ist er, dass die Norddeutschen Archivtage 2022 in der Hansestadt Stralsund stattfinden. Zu den Vorbereitungen teilt der Oberbürgermeister mit, dass diese durch das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Abteilung Landesarchiv, und des Stralsunder Stadtarchives durchgeführt werden. Er fügt an, dass der Norddeutsche Archivtag die letzte Veranstaltung des Jahresprogramms „20 Jahre Welterbe“ darstellt.

Zeit für Begegnungen / Interkulturelle Woche 2022

Im Weiteren informiert der Oberbürgermeister, dass viele Besucher/-innen bei vielfältigen, kreativen und bunten Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche vom 10. September 2022 bis zum 21. Oktober 2022 der wichtigen Frage, was man voneinander lernen könne, nachgehen konnten.

Das bundesweite Motto lautete „#offen geht“, und auch in Stralsund waren alle Menschen herzlich eingeladen, Augen, Herzen und Türen zu öffnen und die bunte Vielfalt von Traditionen, Mentalitäten, Kochkünsten, Sprachen etc. zu erleben.

Das Programm der Interkulturellen Woche 2022 beinhaltete über 30 Veranstaltungen, wie zum Beispiel Filmvorführungen, Vorträge, Stadtteilstefen, Info-Gesprächen mit der Polizei, Erlebnisse im Zoo, Fotoprojekte, kulinarische Köstlichkeiten, einem ökumenischen Gottesdienst und Konzerte. Dabei waren fast alle Veranstaltungen kostenfrei und für Kinder und Jugendliche gab es zusätzliche spannende Angebote.

Besonders erfreut zeigte sich die Organisatorin, die Migrationsbeauftragte der Hansestadt Stralsund Frau Anja Schmuck darüber, dass neben vielen „alten Hasen“ auch neue Veranstaltungen dabei waren, u.a.

- Förderverein „Historische Warenhäuser Wertheim und Tietz in Stralsund e.V.“
- Förderverein „Klinikumskirche zu Stralsund e.V.“
- Initiative zur Erinnerung an jüdisches Leben in Stralsund
- Musikschule Stralsund
- Präventionsberaterin der Polizei
- Romantik Hotel Scheelehof
- Verein „Migranten-Hilfe e.V.“

Der Oberbürgermeister findet es lobenswert, dass so viele Stralsunderinnen und Stralsunder beim Brückenbauen zwischen den Kulturen dabei gewesen sind.

Information zum Bürgerforum „Städtebaulicher Rahmenplan Tribseer Vorstadt“

Weiter informiert Herr Dr.-Ing. Badrow, dass am 22.11.2022 in den Räumen des Chamäleonvereins in der Alten Richtenberger Straße von 15:00 bis 17:00 Uhr im Rahmen des Bürgerforums „Städtebaulicher Rahmenplan Tribseer Vorstadt“ dazu die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung stattfindet.

Der Städtebauliche Rahmenplan soll die künftigen städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten im förmlichen Sanierungsgebiet „Tribseer Vorstadt“ und in seinem Umfeld aufzeigen. Aus dem Rahmenplan werden die konkreten Ziele der Sanierung für jedes Grundstück und die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele abgeleitet. Der Oberbürgermeister merkt an, dass geplant ist, das Sanierungsgebiet um ein externes Ergänzungsgebiet westlich des Carl-Heydemann Rings zu erweitern. Die Ergebnisse der im Vorfeld notwendigen vorbereitenden Untersuchungen gemäß Baugesetzbuch werden ebenfalls vorgestellt.

Die Hansestadt Stralsund hat das Planungsbüro Cappel+Kranzhoff mit der Planung beauftragt. Die Planer/-innen stellen auf dem Bürgerforum ihre Analysen und erste Entwicklungsszenarien in Varianten vor. Im Rahmen von Workshop-Gesprächen mit den Planern und Mitarbeiter/-innen des Amtes für Planung und Bau zu den verschiedenen Themen können sich Teilnehmer und Interessenten mit Ideen und Anregungen einbringen. Diese werden geprüft und fließen in den weiteren Planungsprozess ein.

Totensonntag 20.11.2022

Des Weiteren informiert Herr Dr.-Ing. Badrow über eine Gedenkveranstaltung zum Totensonntag, die durch den Eigenbetrieb Zentralfriedhof initiiert wird und am kommenden Sonntag, 20. November um 10.30 Uhr in der Feierhalle auf dem Zentralfriedhof stattfindet. Zum Rahmenprogramm gehören klassische Musikstücke sowie vorgetragene, besinnliche Texte.

Der Betriebsleiter des Zentralfriedhofes lädt herzlich zu dieser Veranstaltung ein.

Abberufung Herr Andreas Redlich

Abschließend teilt der Oberbürgermeister bedauerlicherweise mit, dass der langjährige Ortswehrführer, Herr Andreas Redlich, um die Abberufung aus seiner Funktion als Ortswehrführer und die damit verbundene Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnisses zum 31.12.2022 bittet. Diesem Wunsch möchte der Oberbürgermeister nachkommen und es nicht versäumen, Herrn Redlich für sein jahrelanges Engagement zum Wohle der Freiwilligen Feuerwehr und der Hansestadt im Namen der Verwaltung und auch seinen ganz persönlichen Dank und Anerkennung auszusprechen. Herr Redlich ist seit 1992 Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr und seit Januar 2012 Angehöriger der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Stralsund. Auf der Mitgliederversammlung am 05.07.2013, also nur anderthalb Jahre nach seinem Eintritt in die Freiwillige Feuerwehr Stralsund, wurde er erstmals zum Ortswehrführer gewählt. Am 15.03.2019 wiederum konnte er ein fast einstimmiges Ergebnis bei seiner Wiederwahl einfahren. Dies war sicherlich auch ein angemessenes Ergebnis und eine Anerkennung für seine bis dato geleistete Arbeit. Er wünscht Herrn Redlich für seine persönliche und berufliche Zukunft alles Gute und hofft, dass er trotz der nun erfolgenden Abberufung noch lange im Dienste der Freiwilligen Feuerwehr Stralsund bleibt und der Hansestadt Stralsund weiterhin mit seinem sehr hohen Fachwissen beratend zur Seite steht.

zu 7 Anfragen

zu 7.1 Realisierung des Bauvorhabens "Möbelmarkt XXXLutz" Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI vertagt vom 20.10.2022 Vorlage: kAF 0125/2022

Anfrage:

1. Wie ist die im Nachtragshaushalt 2022 beschlossene Ausgabe in Höhe von 70.000,- EUR zur Realisierung des Bauvorhabens „Möbelmarkt XXX Lutz“ (Flächentausch) gerechtfertigt und wie erfolgt die Umsetzung dieser als Kompensationsleistung bezeichneten Ausgabe?
2. In welcher Größenordnung erwartet die Verwaltung jährliche Steuerzahlungen zugunsten des städtischen Haushalts (vor allem Gewerbesteuer) seitens des Unternehmens XXXLutz nach Inbetriebnahme des Möbelmarkts?
3. In welcher Größenordnung erwartet die Verwaltung verringerte Steuereinnahmen zu Lasten des städtischen Haushalts (vor allem Gewerbesteuer) seitens der Möbelmärkte vor Ort im gleichen Zeitraum?

Herr Dr. Raith beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu erstens verweist Herr Dr. Raith auf die Beratung und Beschlussfassung des Nachtragshaushaltes durch die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund.

Des Weiteren führt er aus, dass die beschlossene Aufgabe zur Herstellung einheitlicher Eigentumsverhältnisse dient und erforderlich zur Umsetzung der städtischen Entwicklungsziele ist, wie sie mit dem Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 23 ebenfalls von der Bürgerschaft festgelegt wurden.

Herr Dr. Raith verweist darauf, dass Grundstücksankäufe und –verkäufe ausschließlich im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beraten werden. Aus diesem Grund kann er im öffentlichen Sitzungsteil nicht detaillierter auf die möglichen Erträge eingehen.

Die weiteren Fragen beantwortet Herr Dr. Raith zusammenhängend.

Er teilt mit, dass die Fragen zu den Steuereinnahmen nicht zufriedenstellend beantwortet werden können, da bei im Wesentlichen nur zwei relevanten Wettbewerbern jede diesbezügliche Angabe einen Verstoß gegen das Steuergeheimnis darstellen würde.

Anfügend merkt Herr Dr. Raith an, dass die gesamte Branche Möbeleinzelhandel incl. Küchenstudios und Büromöbelbedarf nur einen Anteil von rund 1% zum Gewerbeaufkommen beiträgt, mit ab 2020 deutlich sinkender Tendenz. Diese Aussage deckt sich mit den gutachterlichen Aussagen über die geringe Zentralität des Möbeleinzelhandels bzw. den hohen Kaufkraftabfluss aus der Region.

Herr Suhr erkundigt sich, ob die aus dem Antrag nicht konkret beantworteten Fragen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beantwortet werden könnten.

Dieses bestätigt Herr Dr. Raith zum Teil und macht darauf aufmerksam, dass auch im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung das Steuergeheimnis zu wahren ist.

Es gibt keine weiteren Nachfragen.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

zu 7.2 Schutzwesten für Kommunalen Ordnungsdienst
Einreicherin: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: kAF 0126/2022

Anfrage:

Plant die Hansestadt Stralsund die Mitarbeiter des Kommunalen Ordnungsdienstes bei Außeneinsätzen mit Schutzwesten auszustatten?

Herr Tanschus beantwortet die Anfrage wie folgt:

Im kommenden Jahr wird der kommunale Ordnungsdienst der Hansestadt Stralsund neu aufgebaut. Für den Außendienst konnten 3 Mitarbeiter/-innen gewonnen werden, deren vorrangige Aufgabe es ist, Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Verkehrsraum festzustellen. Hierbei ist wesentlich, dass die Mitarbeiter des kommunalen Ordnungsdienstes deeskalierend auf die jeweiligen Betroffenen einwirken. Diesbezüglich werden die Mitarbeiter/-innen an entsprechende Schulungen teilnehmen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es laut Herrn Tanschus nicht geplant, die Mitarbeiter/-innen mit Schutzwesten auszustatten. Es werden jedoch regelmäßige Gefährdungsanalysen erfolgen und bei einer Änderung der Situation, wird über die Ausstattung mit entsprechenden Schutzwesten neu beraten.

Frau von Allwörden hat keine Nachfragen.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

zu 7.3 Zum augenärztlichen Notdienst in der Hansestadt Stralsund
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied
Vorlage: kAF 0127/2022

Anfrage:

Wie ist der Stand zum augenärztlichen Notdienst in Stralsund an den Wochenenden?

Herr Gawoehns beantwortet die Anfrage wie folgt:

Er teilt mit, dass die Situation zum augenärztlichen Notdienst in der Hansestadt Stralsund an den Wochenenden unverändert ist.

Mit dem Bürgerschaftsbeschluss vom 05.11.2021 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, mit Nachdruck bei der kassenärztlichen Vereinigung auf den seit Jahren anhaltenden unzumutbaren Zustand zum augenärztlichen Notdienst in der Hansestadt Stralsund hinzuweisen und eine sofortige Lösung anzumahnen.

Dahingehend informiert Herr Gawoehns, dass der Oberbürgermeister dem Beschluss mit Schreiben vom 20.11.2021 nachgekommen ist und auf das Schreiben bislang jedoch keine Reaktion erging.

Herr Adomeit hat keine Nachfragen.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

zu 7.4 9 Euro- Ticket 2023
Einreicher: Jens Kühnel, Fraktion AfD
Vorlage: kAF 0128/2022

Anfrage:

4. Wird es ab 2023 in der Hansestadt Stralsund ein 9 Euro-Ticket geben?
5. Aus welcher Position des Haushaltes wird es finanziert?
6. Wie hoch werden die dafür benötigten finanziellen Mittel sein?

Herr Dr. Raith nimmt Bezug auf den Antrag:

Klarstellend bringt Herr Dr. Raith an, dass er zu jener Zeit nach außen kommuniziert hat, dass die Verwaltung an einem Vorschlag für eine haushaltstechnische Lösung zur Einführung eines 9 Euro-Tickets arbeitet.

In diesem Sinne bestätigt Herr Dr. Raith die derzeit stattfindenden Gespräche zwischen der Hansestadt Stralsund, dem Landkreis Vorpommern-Rügen und der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR) zur Einführung eines 9 Euro-Tickets.

Herr Dr. Raith informiert, dass die Verwaltung beabsichtigt, in der Bürgerschaft am 15.12.2022 einen Vorschlag zur Finanzierbarkeit des 9 Euro-Tickets vorzustellen, der in eine Finanzierungsvereinbarung mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen zu tariflichen Maßnahmen im ÖPNV münden kann.

Herr Kühnel hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

zu 7.5 Abriss ehemalige Kaufhalle "Für dich"
Einreicherin: Friederike Fechner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE
PARTEI
Vorlage: KAF 0129/2022

Anfrage:

7. Bereits im April dieses Jahres ist medienwirksam darüber berichtet worden, dass die ehemalige Kaufhalle „Für dich“ in der Thomas-Kantzow-Straße abgerissen werden soll. Seitdem ist noch nichts geschehen. Wodurch verzögern sich die Bauarbeiten?
8. Bleibt es bei der geplanten Errichtung eines Gebäudeensembles oder gibt es andere Entwicklungen?
9. Wann ist mit der Realisierung des Bauprojekts zu rechnen, um den baulichen Missstand zu beseitigen?

Herr Dr. Raith beantwortet die Anfrage im Zusammenhang wie folgt:

Aufgrund von artenschutzrechtlichen Gründen seitens der unteren Naturschutzbehörde wurde ein Abrissverbot bis Anfang November 2022 verhängt, was den Baustart im April verzögerte.

Im Weiteren nimmt Herr Dr. Raith Bezug auf die Preissteigerungen. In der Zeit zwischen April 2022 und November 2022 gab es eine Zinsentwicklung, die sich rund verdoppelt hat. Beispielhaft nennt Herr Dr. Raith die Zinsen einer Standardfinanzierung, die im Januar 2022 bei rund 1% lagen und zum Stand 04.11.2022 bei etwa 3,9%. Neben der Zinssteigerung erhöhten sich auch die Baupreise zunehmend, zwischen Mai 2022 und August 2022 war alleine eine Steigerung von um die 2,6% zu verzeichnen. Bei einer jährlichen Steigerung der Baupreise für Wohngebäude gab es eine Steigerung von 16,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum (Quelle Destatis).

Herr Dr. Raith erörtert, dass die Jahresnettomietrendite für Wohngebäude in der Regel im mittleren einstelligen Prozentbereich liegt. Aus diesem Grund ist es angesichts der geschilderten Randbedingungen eher unwahrscheinlich, dass noch nicht begonnene Vorhaben kurzfristig begonnen werden.

Angesichts der ungewissen Entwicklungen sämtlicher Faktoren, ist es Herrn Dr. Raith zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich, eine Aussage über die Entwicklungen gemäß Frage 2 und 3 zu treffen.

Herr Dr.-Ing. Badrow geht auf die missliche Situation ein.

Herr Suhr bedankt sich für die neuen Erkenntnisse.

Frau Fechner hat keine Nachfrage.
Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

zu 7.6 Bushaltestelle Hansedom/Grünhufer Bogen
Einreicherin: Josefine Kümpers, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE
PARTEI
Vorlage: KAF 0130/2022

Anfrage:

10. Ist geplant, an den Bushaltestellen am Grünhufer Bogen im Bereich des Hansedom ein Bushäuschen oder einen entsprechenden Schutz vor Witterung zu errichten? Wenn ja, wann ist mit der Umsetzung zu rechnen?
11. Welche Hinderungsgründe bestanden bzw. bestehen für eine Errichtung eines Häuschens zur schon begonnenen Herbst-/Wintersaison?

Herr Bogusch geht wie folgt auf die Anfrage ein:

Er reflektiert, dass die Haltestelle an ihrem ursprünglichen Standort am Hansedom 1-mal stündlich über die Linie 6 bedient wurde.

Durch das Einfahren in den Hansedom entstanden pro Fahrtour 489 Meter zusätzlicher Fahrweg und die Ampelanlage musste zweimal gequert werden.

Aufgrund der geringen Nutzung der Haltestelle wurde sich laut Herrn Bogusch dazu entschieden, die Haltestelle an den Grünhufer Bogen zu verlagern, wodurch die Zeitverluste der Buslinie durch das Befahren des Hansedom langfristig umgangen werden kann. Der Wegfall der Zeitverluste ermöglicht dafür, dass die Haltestelle durchgängig von den Bussen der Linien 4, 6 und 30 bedient werden kann, so dass sich die Bedienhäufigkeit deutlich verbessert hat.

Aufgrund der niedrigen Ein- und Aussteigerzahlen – durchschnittlich nur bei jeder 4. Fahrt findet ein Fahrgastwechsel statt - hatte die Errichtung von Fahrgastunterständen am neuen Standort keine hohe Priorität. Vorgesehen ist aber, die Haltestelle mit Fahrgastunterständen auszustatten. Dies passiert voraussichtlich bis Ende November 2022 stadteinwärts zunächst mit einer mobilen Wartehalle, für das Jahr 2023 ist der Einbau eines Fahrgastunterstandes auch für die Gegenrichtung geplant.

Auf die Nachfrage von Frau Kämpers erläutert Herr Bogusch, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen regelmäßige Zustandskontrollen bei den Bushaltestellen durchführt.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

zu 7.7 Verhandlungen der Stadt mit dem Hansedom
Einreicherin: Sandra Kothe-Woywode, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: KAF 0131/2022

Anfrage:

1. Zu welchen Themen bzw. Details verhandelt die Hansestadt Stralsund mit dem Betreiber des Hansedom?
2. Ist damit zu rechnen, dass die Hansestadt Stralsund künftig einen höheren Anteil aus den Haushaltsmitteln für den Hansedom bereitstellen muss?

Frau Dr. Gelinek beantwortet die Anfrage wie folgt:

Sie berichtet von einem gemeinsamen Austausch mit Vertretern des Hansedom Stralsund am 25.08.2022, wobei sich über die Weiterführung und Entwicklung des Hansedom verständigt wurde.

Neben möglichen Perspektiven, wurden auch die Möglichkeiten zur Änderung des sportlichen Betriebes eruiert.

Frau Dr. Gelinek betont, dass in diesem Rahmen weder konkrete Leistungen verhandelt wurden, noch ist seit diesem Treffen ein Antrag des Hansedom zur baulichen Veränderung in Form eines Ausbaus eingegangen.

In Bezug auf die Frage 2 verliert Frau Dr. Gelinek § 3 Absatz 6 der Nutzungsvereinbarung vom 26.09.2017. Dies hat für die Hansestadt Stralsund die Bereitstellung höherer Haushaltsmittel für den Hansedom im städtischen Haushalt ab 2025 zur Folge.

Auf die Nachfrage von Frau Kothe-Woywode fügt Frau Dr. Gelinek an, dass der Hansedom einen wichtigen Standortfaktor in Stralsund darstellt, weshalb ein regelmäßiger Austausch über die Zukunftsperspektiven, etc. erfolgt.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

zu 8 Einwohnerfragestunde

Es liegt keine Einwohnerfrage zur 11. Bürgerschaftssitzung vor.

zu 9 Anträge

zu 9.1 Vereinheitlichung der Freiraumkonzepte Alter Markt, Neuer Markt, nördliche Hafeninsel

Einreicher: Stefan Bauschke

Vorsitzender des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Vorlage: AN 0163/2022

Herr Bauschke erläutert den Antrag, der den Kompromiss des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung zur Vereinheitlichung der Freiraumkonzepte Alter Markt, Neuer Markt und nördliche Hafeninsel aufzeigt.

Um rechtlichen Missverständnissen entgegen zu wirken, plädiert Herr Dr.-Ing. Badrow für die Erweiterung des Beschlussvorschlages um folgenden Punkt:

„Die Errichtung der in Punkt 1 und 2 genannten Anlagen, steht unter der Bedingung, dass sie im Einzelfall bauplanungs-, bauordnungs- und ordnungsrechtlichen Belangen entspricht.“

Der Oberbürgermeister gibt zu verstehen, dass er ohne die Aufnahme des weiteren Punktes, dem Beschluss womöglich widersprechen muss.

Herr Bauschke pflichtet der Ergänzung des Oberbürgermeisters bei.

Aufgrund der veränderten Sachlage, erbittet Herr Suhr eine Auszeit von 2 Minuten.

Auszeit: 16:36 Uhr- 16:38 Uhr

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und stellt den ergänzten Antrag AN 0163/2022 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die Formvorschriften zu den Freiraumkonzepten „Alter Markt“, „Neuer Markt“, „nördliche Hafeninsel“ sollen weitestgehend vereinheitlicht werden. Auf dem Alten und Neuen Markt gilt bei Windschutten und Glasumrandungen eine Maximalhöhe von

1,40 m. Auf der nördlichen Hafeninsel ist eine Windschutzhöhe von bis zu 1,70 m zulässig.

2. Darüber hinaus soll es den Gewerbebetreibenden mit Außengastronomie ermöglicht werden, auf ihren Sondernutzungsflächen eine zusätzliche, dauerhafte Ausschankmöglichkeit im Außenbereich einzurichten.
3. Die Errichtung der in Punkt 1 und 2 genannten Anlagen, steht unter der Bedingung, dass sie im Einzelfall bauplanungs-, bauordnungs- und ordnungsrechtlichen Belangen entspricht.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2022-VII-11-0990

zu 9.2 Tariflohnzahlung der Pächter*innen auf dem Werftgelände
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0176/2022

Frau Kothe-Woywode erörtert den Antrag. Dabei verweist sie auf den Standortvorteil, der durch die tarifgebundene und angemessene Bezahlung der Mitarbeiter entstehen würde. Sie weist darauf hin, dass in Mecklenburg-Vorpommern die mit Abstand niedrigsten Löhne in Deutschland gezahlt werden.

Herr Quintana Schmidt stimmt dem Ansatz des Antrages zur Tarifentlohnung zu. Jedoch geht er davon aus, dass die qualifizierten Arbeitsplätze auf dem Werftgelände mittels Tariflohn vergütet werden. Aus diesem Grund sollte laut Herrn Quintana Schmidt der Blickwinkel auf die Leiharbeitenden gerichtet werden.

Herr Gotsch hebt hervor, dass die Hansestadt Stralsund die Flächen der Werft lediglich verpachtet. Mit der Auferlegung an die Hansestadt Stralsund, dass die Pächter einen Tariflohn zahlen müssen, sieht er einen klaren Wettbewerbsnachteil für die Pachtverträge mit der Hansestadt Stralsund.

Zudem verweist Herr Gotsch auf das Mindestlohngesetz, wo der Mindestlohn stetig ansteigt.

Frau Kothe-Woywode macht deutlich, dass der Mindestlohn nicht ausreichend ist und im Übrigen nicht mit dem Tariflohn vergleichbar ist.

Herr Paul stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN/ DIE PARTEI zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Zukünftig ist im Rahmen des Abschlusses von Pachtverträgen auf dem Gelände der ehemaligen Volkswerft Stralsund eine Verpflichtung zur Zahlung von Tariflöhnen der jeweils einschlägigen Branche an die auf dem Werftgelände beschäftigten Arbeitnehmer*innen aufzunehmen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

zu 9.3 Stralsund Stadt des Friedens
Einreicher: Robert Gränert, DIE PARTEI
Vorlage: AN 0178/2022

Herr Gränert geht auf seinen Antrag ein, der seiner Auffassung nach die Ergänzung des Dringlichkeitsbeschlusses Dan 0011/2022 zu den Friedensgesprächen in Stralsund darstellt. Seiner Meinung nach mangelt es am Wissen, Probleme gewaltfrei zu lösen. Zudem habe die Coronapandemie und der dahinterstehende Frust mancher Menschen ihr Übriges dazu beigetragen.

Aus diesem Grund findet Herr Gränert, dass in der Sommerwoche künftig präventiv gegen Gewalt durch verschiedene Veranstaltungen geworben werden sollte.

Frau Bartel teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE. / SPD den vorliegenden Antrag in dem hier gestellten Umfang nicht entsprechen kann.

Herr Hofmann empfindet den Antrag als solches unangemessen.

Frau Fot versteht den Hintergedanken des Antrages, besonders im Hinblick auf die aktuellen Geschehnisse.

Dennoch empfindet sie den im Antrag gewählten Werdegang als unpassend.

Sie spricht sich ausdrücklich für die Fortführung der Wallensteintage aus.

Die Veranstaltungswoche für ein gewaltfreies Miteinander sollte ihrer Meinung nach dennoch durchgeführt werden, weshalb sie die Durchführung zu einem anderen Zeitpunkt, beispielsweise um den 08. Mai herum anregt.

Herr Suhr teilt mit, dass der Antrag nicht dem Ansinnen der Fraktion entspricht, weshalb die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN/ DIE PARTEI dem Antrag keine Zustimmung geben wird.

Der Präsident der Bürgerschaft stellt den Antrag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Stadt Stralsund verzichtet zukünftig auf die Ausrichtung der Wallensteintage. Vielmehr sollen Bürger*innen und Besucher*innen, aber auch Arbeitgeber*innen dazu angehalten werden, in dieser Zeit Workshops zur Konfliktbewältigung, Gesprächsrunden und Sitzkreise zu besuchen bzw. anzubieten. Als eine Stadt des Friedens mit einem Mayor for Peace an ihrer Spitze müssen wir ein leuchtendes Vorbild für Kommunikation und Verständigung sein.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

zu 9.4 Einrichtung von Halte- und Parkverbotszonen
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0179/2022

Frau Kindler erörtert den Antrag und die früheren Beratungen zum Thema.

Frau von Allwörden erläutert die Problematik, bei der die Kinder vermehrt von den Eltern zur Schule gebracht werden. Aus ihrer Sicht trägt die Bringung der Kinder durch die Eltern nicht dazu bei, dass die Kinder den Straßenverkehr frühzeitig kennenlernen.

Eingehend auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN/ DIE PARTEI findet Frau von Allwörden, dass das temporäre Sperren von Abschnitten ausschließlich zur Verlagerung der Problematik führt. Sie macht deutlich, dass die Gefahrenquellen vor den Schulen ausschließlich von den Eltern gesteuert werden können.

Antwortend erwidert Frau Kindler, dass der Antrag ebenfalls einen Appell an die Eltern darstellen soll.

Weiterhin verweist Frau Kindler auf den Antrag, der als Prüfantrag gestellt ist und regt an, die darin aufgeführten Maßnahmen zu prüfen oder in einer Testphase auszuprobieren.

Das Problem könnte laut Herrn Adomeit durch die Einführung von Schulbezirken gemindert werden.

Im Namen seiner Fraktion teilt Herr Quintana Schmidt mit, dass sie das Thema für angemessen empfinden, da das Problem gravierend besteht. Aus diesem Grund beantragt die Fraktion DIE LINKE. / SPD die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung.

Herr Hofmann fügt an, dass er den Antrag ebenfalls in den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung verweisen würde.

Herr Paul bringt die Verweisung des Antrages AN 0179/2022 in die Fachausschüsse für Sicherheit und Ordnung sowie Bildung, Hochschule und Digitalisierung zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0179/2022 mit folgendem Inhalt in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung und in den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor den Schulen jeweils mindestens eine halbe Stunde vor dem regulären Unterrichtsbeginn Lösungen zur Entschärfung des Verkehrsaufkommens und zur Behebung von Gefahrenstellen zu entwickeln. Alternativ können zum Beispiel auch Schulstraßen oder Park- und Halteverbote eingerichtet werden.

Diese zeitlich begrenzten autofreien Zonen sollten jeweils vorerst als dreimonatige Testphase vor jeder Schule eingerichtet werden. Um das Ordnungsamt zu entlasten, können die Schulen ihre Testphasen auch nacheinander durchlaufen.

Die Ausschüsse für Sicherheit und Ordnung und Bildung, Hochschule und Digitalisierung sind in diesem Testlauf regelmäßig zu informieren und zu beteiligen.

Zu prüfen ist in dieser Zeit auch, ob das Einrichten von sogenannten Hol- und Bringezonen dem Problem Abhilfe schaffen kann, dass einige Eltern auf das Bringen und Abholen der Kinder angewiesen sind.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2022-VII-11-0991

zu 10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters zur Genehmigung vor.

zu 11 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung

Es liegen keine unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung vor.

zu 12 Behandlung von Vorlagen

zu 12.1 Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2017 und Abschließende Prüfungsvermerke des Rechnungsprüfungsausschusses und des Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2017 Vorlage: B 0087/2022

Ohne weitere Wortmeldung wird folgender Beschluss gefasst:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2017 sowie die abschließenden Prüfungsvermerke des Rechnungsprüfungsamtes und des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis.
2. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, die Beanstandungen aus der Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2017 zeitnah auszuräumen und künftig zu beachten.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

2022-VII-11-0992

zu 12.2 Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2017 der Hansestadt Stralsund und Entlastung des Oberbürgermeisters Vorlage: B 0088/2022

Ohne weitere Wortmeldung wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

- A. Feststellung des Jahresabschlusses
 1. gemäß § 60 Absatz 5 Satz 1 KV M-V den geprüften Jahresabschluss 2017 der Hansestadt Stralsund mit einem ausgewiesenen Eigenkapital von 320.009.235,58 EUR bei einer Bilanzsumme von 662.938.271,12 EUR und einem Jahresergebnis von + 3.509.033,32 EUR festzustellen.
 2. den verbleibenden Überschuss der Ergebnisrechnung in Höhe von

+ 648.553,45 EUR gemäß § 44 Absatz 4 GemHVO- Doppik auf neue Rechnung vorzutragen.

B. Entlastung des Oberbürgermeisters

Dem Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund, Herrn Dr.- Ing. Alexander Badrow, wird gemäß § 60 Absatz 5 Satz 2 KV M-V für das Haushaltsjahr 2017 die Entlastung erteilt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

2022-VII-11-0993

**zu 12.3 26. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Photovoltaikanlage südlich der Ortsumgehung im Stadtteil Voigdehagen, Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: B 0080/2022**

Ohne weitere Wortmeldung wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die während der Beteiligung der Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit geäußerten Anregungen und Hinweise zur 26. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Photovoltaikanlage südlich der Ortsumgehung im Stadtteil Voigdehagen (Anlage 1 und 2) und Anpassung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes (Anlage 3 und 4) werden entsprechend Anlage 5 abgewogen.
2. Die 26. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund (Anlage 1) mit Begründung und Umweltbericht (Anlage 2) und die Anpassung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes (Anlage 3) mit Erläuterungsbericht (Anlage 4) für die Teilfläche südlich der Ortsumgehung im Stadtteil Voigdehagen in der vorliegenden Fassung vom Oktober 2022 werden festgestellt.
3. Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird beauftragt, die 26. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Photovoltaikanlage südlich der Ortsumgehung im Stadtteil Voigdehagen mit Begründung einschließlich Umweltbericht (Anlage 1 und 2) dem Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen zur Genehmigung gemäß § 6 Abs. 1 Baugesetzbuch vorzulegen.

Die Erteilung der Genehmigung ist gemäß § 6 Abs. 5 Baugesetzbuch ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2022-VII-11-0994

**zu 12.4 Bebauungsplan Nr. 79 "Photovoltaikanlage südlich der Ortsumgehung im Stadtteil Voigdehagen", Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: B 0085/2022**

Ohne weitere Wortmeldung wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich im Stadtgebiet Süd, Stadtteil Voigdehagen, und umfasst die Flurstücke 154/6 (tlw.), 155/3 (tlw.), 156/3 (tlw.), 157/2, 158/1 (tlw.), 158/2 (tlw.), 159 (tlw.), 160 (tlw.) und 161 (tlw.) der Flur 1 der Gemarkung Voigdehagen. Er wird begrenzt im Nordosten durch die Ortsumgehung (B 96), im Westen durch die Bahnstrecke Stralsund-Grimmen, im Südwesten durch die Niederung des Grabens 18/5 sowie im Südosten durch Ackerflächen.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 79 der Hansestadt Stralsund in der Fassung vom Oktober 2022 und die Begründung mit Umweltbericht in der Fassung vom Oktober 2022 werden gebilligt und zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch bestimmt.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2022-VII-11-0995

**zu 12.5 Abberufung des Ortswehrführers
Vorlage: B 0090/2022**

Ohne weitere Wortmeldung wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Hauptbrandmeister Andreas Redlich wird mit Ablauf des 31.12.2022 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis entlassen. Zum gleichen Zeitpunkt wird er aus der Funktion des Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Stralsund abberufen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2022-VII-11-0996

zu 13 Verschiedenes

Herr Haack nimmt Bezug auf den Beschluss Nr. 2022-VII-10-0983, den die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund am 20.10.2022 gefasst hat und sich damit als Ort für Friedensverhandlungen angeboten hat.

Er berichtet dabei von unzähligen positiven Feedback und verliest ein Schreiben französischer Bürgermeister/-innen.

In diesem Zusammenhang nimmt Herr Haack Stellung zu dem Schreiben des Innenministeriums M-V, bei der die Rechtmäßigkeit des oben genannten Beschlusses angezweifelt wird. Seiner Auffassung nach ist das vorliegende Schreiben eine Entmündigung der Bürgerschaft, denn würde eine Rechtswidrigkeit vorliegen, hätte das Innenministerium M-V den Beschluss beanstanden müssen.

Er bedankt sich, dass der symbolische Beschluss durch die Verwaltung an die Bundesregierung Deutschland übermittelt wurde. Des Weiteren bedankt er sich bei den Bürgerschaftsmitgliedern für die Unterstützung des Dringlichkeitsantrages DAn 0011/2022.

Herr Quintana Schmidt nimmt ebenfalls Stellung zu dem eingegangenen Schreiben des Innenministeriums M-V, welches er als Maulkorberlass betitelt.

zu 14 Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil

zu 16 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Präsident stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass die Beschlussvorlagen B 0065/2022, B 0072/2022, B 0073/2022 und B 0086/2022 gemäß Beschlussvorschlag beschlossen wurden.

zu 17 Schluss der Sitzung

Herr Paul dankt für die Mitarbeit und beendet die 11. Sitzung der Bürgerschaft.

gez. Peter Paul
Vorsitz

gez.
Stellvertretender Vorsitz

gez. Cinderella Littmann
Protokollführung